

**39/40 1987**

# **Frieden schaffen mit weniger Waffen**

## **Helmut Kohl zum Washingtoner Gipfel**

Nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Vernichtung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen würdigte Bundeskanzler Helmut Kohl den Abschluß im Deutschen Fernsehen. Hier der Wortlaut der Ansprache des Bundeskanzlers:

Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger! Wir alle sind Zeugen eines großen Ereignisses. Präsident Reagan und Generalsekretär Gorba-tschow haben soeben ein Abkommen von historischer Bedeutung unterzeichnet.

Zum erstenmal in der Geschichte der Abrüstung soll eine ganze Kategorie von Waffen vernichtet werden. Bald werden mehr als 1.500 nukleare Mittelstreckenraketen in West und Ost abgebaut. Seit meiner Wahl zum Bundeskanzler ist Ziel meiner Regierungspolitik: Frieden schaffen mit weniger Waffen.

In zwei Jahren, 1989, werden die ersten Mittelstrecken-Flugkörper aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen. Und 1991 werden alle abgebaut sein. Darüber können wir uns heute gemeinsam freuen. An diesem großartigen Erfolg haben viele mitgewirkt: allen voran der amerikanische Präsident Ronald Reagan. Er ist viel kritisiert worden, auch von uns. Wir haben heute allen Grund, ihm herzlich zu danken.

*All unseren  
Lesern wün-  
schen wir ein  
gesegnetes  
Weihnachts-  
fest, ein glück-  
liches neues  
Jahr und eine  
frohe Zukunft.*

Der nächste UiD erscheint  
als Nr. 1/88 am 14. Januar.

**Dokumentation zur  
Strukturreform im  
Gesundheitswesen**

**Grüner Teil**

Die Atlantische Allianz hat in schwierigster Zeit Solidarität bewiesen. Vor über zehn Jahren hatte die Sowjetunion damit angefangen, neue moderne Mittelstreckenraketen aufzustellen. Schon 1981 schlug das Bündnis die Null-Lösung vor, also den vollständigen Verzicht beider Seiten auf nukleare Mittelstrecken-Flugkörper. Die Sowjetunion war damals nicht bereit, dieses Angebot anzunehmen. Um unserer Sicherheit willen mußten wir das Gleichgewicht wiederherstellen und neue amerikanische Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland stationieren. Wir haben damit deutlich gemacht, daß wir unsere Freiheit verteidigen werden. Unsere Entscheidung hat die Menschen sehr bewegt — Sie alle erinnern sich —, aber sie war notwendig. Nur so konnten wir die Sowjetunion dazu bewegen, ernsthaft weiterzuverhandeln. Auch Generalsekretär Gorbatschow gebührt Anerkennung dafür, daß er den Weg zu einem Kompromiß und einem guten Ergebnis frei gemacht hat.

Der heutige Tag beweist, wie wichtig Grundsatztreue und Standfestigkeit gerade auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sind. Ich danke auch Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sie diesen schwierigen Weg mitgegangen sind. Damit haben auch Sie zum Abrüstungserfolg von heute beigetragen.

Wir alle wissen, daß mit diesem Ergebnis von Washington nur ein erster Schritt hin zu einer Welt mit weniger Waffen getan ist. Es gibt immer noch zuviel Rüstung, gerade bei uns in Europa und bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Gemeinsam mit unseren Freunden im Bündnis wollen wir deshalb, daß der Abrüstungsprozeß weitergeht — unter der Voraussetzung, daß am Ende unsere Sicherheit größer — und eben nicht geringer — ist. Chemische Waffen müssen endlich weltweit verboten werden.

Wir streben in Europa nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen konventionellen Waffen sowie Atomwaffen unter 500 km Reichweite — und zwar auf niedrigerem Niveau.

Über alledem dürfen wir doch eines nicht vergessen: Ein sicherer, ein gerechter Friede wird nie allein das Werk von Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. Wir sind aufgerufen, eine Friedensordnung zu gestalten, die Völker und Staaten zusammenführt und die für die Menschen Grenzen öffnet.

In unserem Engagement für die weltweite Achtung der Menschenrechte werden wir deshalb nicht nachlassen. Dieser Einsatz ist Dienst am Frieden. Das gilt vor allem auch für unser geteiltes Vaterland: Wir wollen in Deutschland von Mensch zu Mensch ein Stück Frieden stiften, indem

***„Wir sind aufgerufen, eine Friedensordnung zu gestalten, die Völker und Staaten zusammenführt und die für die Menschen Grenzen öffnet.“***

wir mehr Miteinander und mehr Freiheit schaffen. Ein ertragreicher West-Ost-Dialog kann uns diesem Ziel näherbringen, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Für die Sicherheit des Friedens in Freiheit werden wir entschlossen unseren Weg weitergehen. Die Vernunft — mehr noch — die Sehnsucht der Menschen gebieten es, daß West und Ost aufeinander zugehen und neues Vertrauen untereinander schaffen.

Dafür, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wünsche ich mir weiterhin Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. Ich verspreche Ihnen für die Bundesregierung, daß wir auch in Zukunft unsere ganze Kraft für ein solches Werk des Friedens einsetzen werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Das INF-Abkommen ist auch ein Erfolg unserer Politik

In der Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag zum Gipfeltreffen in Washington und zum Europäischen Rat in Kopenhagen stellte der Kanzler u. a. fest:

Heute geht in Washington das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow zu Ende. Dieses Treffen wird in die Geschichte eingehen, weil es das erste wirkliche Abrüstungsabkommen erbracht hat: Auf Grund des am 8. Dezember 1987 unterzeichneten INF-Abkommens werden weltweit alle amerikanischen und sowjetischen nuklearen, landgestützten Mittelstreckenflugkörper zwischen 500 und 5 500 km Reichweite abgeschafft. Die Sicherheit von Millionen von Menschen — zumal in Europa — wird damit verbessert.

Der 8. Dezember 1987 markiert auch einen großen Erfolg für das Atlantische Bündnis, das seit dem NATO-Doppelbeschuß von 1979 auf dieses Abkommen hingewirkt hat. Die Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen SS-20-Raketen wird beendet.

Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland werden 108 Pershing-II-Flugkörper und 64 Marschflugkörper abgezogen. Das Bündnis wird außerdem ab sofort die noch laufende Stationierung von Marschflugkörpern aussetzen.

Dieser Vertrag ist von grundlegender Bedeutung für den Abrüstungsprozeß,

• weil er eine ganze Kategorie von Waffen beseitigt,

- weil er stark asymmetrische Reduzierungen und
- weil er ein umfassendes Überprüfungs- system, einschließlich Verdachtskontrollen, vorsieht.

Dieses Ergebnis — wir haben das oft besprochen hier im Hohen Haus — haben viele nicht für möglich gehalten. An diesem großartigen Erfolg haben viele mitgewirkt, allen voran der amerikanische Präsident Ronald Reagan.

Er ist viel kritisiert worden, auch bei uns. Wir haben heute allen Grund, ihm herzlich zu danken. Auch Generalsekretär Gorbatschow gebührt Anerkennung dafür, daß er den Weg zu einem Komromiß und einem guten Ergebnis freigemacht hat.

Die Solidarität des Bündnisses war eine grundlegende Voraussetzung für diesen Erfolg. Die Vereinigten Staaten haben ihre Partner laufend und in vertrauensvoller Weise zu allen wichtigen Verhandlungsfragen konsultiert. Die Bündnispartner ihrerseits haben den USA in entscheidenden Verhandlungsphasen den Rücken gestärkt und damit zu dem jetzt erreichten Ergebnis beigetragen.

Zur Geschichte dieses Erfolges gehört aber auch, daß das Bündnis erst Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper stationieren mußte, bevor es zu wirklich ernsthaften Verhandlungen in Genf kam. Dieser Schritt ist uns damals nicht leicht gefallen.

Die Opposition hat seinerzeit von uns die Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses und damit den Bruch der Ver-

einbarung verlangt. Sie war bereit, die einseitige Bedrohung unseres Landes durch die SS 20 hinzunehmen. Wir haben dies abgelehnt und den NATO-Doppelbeschuß durchgeführt.

Als die Verhandlungen zwischen den Großmächten im März 1985 wiederaufgenommen wurden, hat die Bundesregierung sowohl innerhalb des westlichen Lagers wie auch gegenüber der Sowjetunion ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, um die beiderseitige Abschaffung dieser nuklearen Mittelstreckensysteme auf dem Verhandlungsweg zu erreichen.

Der Weg und die Politik der Bundesregierung waren folgerichtig und klar. Die Erfolge unserer Politik sind heute für jedermann erkennbar. Wir haben mit dieser Politik den Frieden für unser Volk sicherer gemacht.

Unsere Politik war immer berechenbar und deshalb auch erfolgreich.

Ausgehend von gesicherter Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung haben wir uns intensiv um eine Verhandlungslösung bemüht. Wir waren immer überzeugt, daß Ergebnisse in Abrüstungsverhandlungen nur möglich sein können, wenn auch alle anderen Bereiche in die Zusammenarbeit zwischen West und Ost einbezogen werden. Die Bundesregierung hat wesentliche Beiträge zum Gelingen dieses Abkommens geleistet, was weltweit anerkannt wird.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben bei ihrem Treffen in Kopenhagen das INF-Abkommen als einen „Meilenstein“ in den West-Ost-Beziehungen bezeichnet. Mit dieser Würdigung wollten wir besonders zwei Gesichtspunkte zum Ausdruck bringen:

- Einerseits die Genugtuung über dieses Ergebnis und

- andererseits die Erwartung, daß das Abkommen ein erster Schritt ist zu gesichertem Frieden mit weniger Waffen. Es ist unabdingbar, daß der Prozeß von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa und weltweit Schritt für Schritt weitergeht. Die Bundesregierung tritt mit aller Kraft dafür ein, daß die jetzt ausgelöste Dynamik zur Kontrolle und zum weiteren Abbau der Rüstungen entschlossen genutzt wird.

Das INF-Abkommen kann das gesamte West-Ost-Klima verbessern und in einer entscheidenden Weise zur Vertrauensbildung zwischen den Weltmächten beitragen. Wir sollten nicht vergessen, daß dieses Abkommen die weitestgehenden und umfassendsten gegenseitigen Überprüfungen in Form der Verdachtskontrolle vorsieht, die es je gegeben hat.

Die Erwartungen der Bundesregierung richten sich jetzt

- auf den 50prozentigen Abbau der strategischen Nuklearwaffen,
- auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen,
- auf die Herstellung eines umfassenden und stabilen Kräfteverhältnisses konventioneller Streitkräfte durch die Beseitigung von Ungleichgewichten sowie
- auf Verhandlungen über deutliche und überprüfbare Reduzierungen amerikanischer und sowjetischer bodengestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite, die zu gleichen Obergrenzen führen.

Diese vier Verhandlungsschwerpunkte entsprechen den von den NATO-Außenministern im Juni dieses Jahres in Reykjavík festgelegten Prioritäten des Bündnisses. Sie stellen zugleich das Gerüst für das Gesamtkonzept zur Rüstungskontrollpolitik unseres Bündnisses dar, das die NATO-Gremien gemäß Ministerbeschuß derzeit entwickeln.

Helmut Kohl:

# SPD nicht regierungsfähig

**„Wir müssen wieder für die eigene Sache kämpfen und den Bürgern erklären, wie wir als Partei, als Christliche Demokraten, die drängenden Fragen der Zukunft lösen wollen“, rief der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl den Delegierten des Bundesausschusses zu, die am Montag, 7.12.1987, nach Bonn gekommen waren, um von der Führungsspitze der Partei zu erfahren, wie es nach den Turbulenzen der letzten Wochen und Monate weitergehen soll.**

Der Kanzler unterstrich in seiner Eröffnungsrede vor allen Dingen die Erfolge der von der CDU-geführten Bundesregierung. Er rief die Delegierten auf, diese Erfolge auch draußen im Lande offensiv zu vertreten. Helmut Kohl nannte hier

insbesondere die Steuerreform, die immer noch gute konjunkturelle Lage und die Sicherheitspolitik, deren sichtbarer Erfolg nicht zuletzt auf die konsequente und klare Haltung der Unionsparteien zurückzuführen sei. Scharf rechnete der Kanzler mit den Sozialdemokraten ab, deren Haltung vor der Nachrüstung er als „erbärmlich“ bezeichnete. Eine sozialdemokratische Regierung hätte das Abkommen über die Verschrottung der Mittelstreckenraketen nie erreicht. Nicht Nachgiebigkeit, sondern erst die Standfestigkeit der Union habe dies möglich gemacht. Das müsse jedermann in der Bundesrepublik klar gemacht werden. In ihrem gegenwärtigen Zustand — so Helmut Kohl — sei die SPD nicht regierungsfähig.

## Was im Bundesausschuß beschlossen wurde

**Der Bundesausschuß der CDU hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 1987 in Bonn, betreffend Senioren-Union, folgendes beschlossen:**

„Der Bundesausschuß der CDU nimmt den Beschuß Nr. A 1 des 35. Bundesparteitages der CDU am 9. November 1987 in Bonn (siehe auch UiD 36/87, Seite 46) zustimmend zur Kenntnis und genehmigt gemäß § 39 Abs. 3 Satz 2 Statut der CDU die vorgesehene Gründung der Senioren-Union der CDU.“

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Ergebnisse seiner Aussprache über den wesentlichen Inhalt einer Satzung der zukünftigen Senioren-Union der CDU bei den weiteren Vorarbeiten berücksichtigt und in die vom Bundesausschuß zu genehmigende Satzung aufgenommen werden.

Außerdem wurde eine Satzungsänderung der CDA genehmigt, wonach der Bundesvorstand der Sozialausschüsse von bisher 17 auf 21 vergrößert, die Antragsfrist für Bundestagungen der CDA verlängert und neben der Bundestagung und dem Bundesvorstand ein Bundesausschuß der CDA als neues Organ der CDA eingerichtet wird.

Heiner Geißler:

# Wir müssen unser inhaltliches Profil schärfen

**Heiner Geißler nahm im Bundesausschuß am 7.12.1987 im Konrad-Adenauer-Haus u. a. auch zum Ablauf des kommenden Parteitages Mitte Juni 1988 in Wiesbaden Stellung und führte dabei aus:**

„Ich will etwas zum nächsten Parteitag sagen; wir brauchen Klarheit über den Sinn unserer eigentlichen Arbeit als Partei. Wir müssen als Christlich Demokratische Union das Kunststück vollbringen oder, ich will es einmal bergsteigerisch ausdrücken, die Gratwanderung bewältigen, die darin besteht, auf der einen Seite die Regierung, die eine Koalitionsregierung ist, den Bundeskanzler in seiner Arbeit zu unterstützen, und unseren Beitrag zu leisten, daß diese Regierung erfolgreich ist. Aber auf der anderen Seite müssen wir klarmachen, wie unser eigenes Profil als Christlich Demokratische Union aussieht, ein inhaltliches Profil, das nicht identisch sein kann mit einer anderen Koalitionspartei.“

Wir müssen — für jeden Bürger — einsichtig unterscheidbar bleiben. Dazu haben unsere Bundesparteitage immer einen wichtigen großen Beitrag geleistet. Ich erinnere an die Diskussion des Grundsatzprogramms, eine wichtige Aufgabe, durch die wir uns in der Opposition geistig und politisch erneuert haben. Ein großartiger Parteitag mit einem bleibenden Ergebnis.

Ich erinnere an den Jugendparteitag in Hamburg, bei dem wir eine neue Konzeption unserer Außenpolitik entwickelt haben.

Ich erinnere an den Stuttgarter Parteitag mit der modernen Anwendung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft in einer Zeit des Umbruchs.

Und ich erinnere an den Essener Parteitag mit den Leitsätzen zur Neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Wenn Sie sich einmal daran erinnern, was im Vorfeld dieses Parteitages auch in unseren eigenen Reihen auf allen Ebenen alles diskutiert worden ist. Man stelle sich einmal vor, wir hätten diesen Parteitag für die Gleichberechtigung der Frau für die Neue Partnerschaft nicht durchgeführt! Was hätten wir für eine inhaltlich heute nicht mehr ausfüllbare Lücke in unserer programmatischen Aussage.

Diese Parteitage, und die inhaltlichen Beschlüsse, die wir dort gefaßt haben, sind auch von einer großen politischen Bedeutung gewesen. Das, was wir mit dem Erziehungsgeld, der Anerkennung von Erziehungsjahren, dem Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz, was wir als christliche Demokraten hier in der Regierung durchgesetzt haben, ist die Realisierung einer programmativen Arbeit, die wir schon auf dem Mannheimer Parteitag 1975 begonnen haben. **Das heißt, die Arbeit der Partei ist keine Arbeit für Festtage, sondern ist eine Arbeit für den politischen Alltag.**

Wir werden die Kommissions- und später Leitantragsentwürfe in zwei Phasen (s. Kasten im UID) mit einer breiten Beteiligung aller Parteigliederungen, der Landesparteien, der Kreisverbände und der Ortsverbände durchdiskutieren. Ich

werde nach Weihnachten alle Kreisvorsitzenden anschreiben und sie ausführlich über den Diskussionsablauf und die wichtige Einbeziehung der Ortsverbände in die Diskussion informieren.

Ich habe die herzliche Bitte auch an die Adresse der Landesverbände, die Wahlkämpfe zu führen haben: Nutzen wir die Gelegenheit über diese wichtigen Themen gerade auf der Orts- und Kreisverbandsebene eine Diskussion zu beginnen, in die wir die Verbände, die Organisationen, die Menschen im vorpolitischen Raum, die Kirchen, die Jugendverbände, die Gewerkschaften einbeziehen. Nutzen

Sie diese Diskussion, Menschen einzubeziehen, die nicht zu uns gehören, die vielleicht aber nur noch nicht zu uns gehören, die eine andere Meinung haben. Und lassen wir uns auch nicht durch einige Ratschläge wie — die CDU solle lieber sagen, wo es langgeht — durcheinanderbringen. Das habe ich auch einmal in einem Leitartikel gelesen. Ich weiß nicht, welche Vorstellungswelt ihm zugrunde liegt, aber etwas ist ganz klar: Wir können nicht das deutsche Volk sozusagen antreten lassen zur Entgegennahme von Marschbefehlen. Wir müssen die Wählerinnen und Wähler in unsere Diskussion mit einbeziehen.

Sicher, manche definieren sich selber als „politische Elite“, die die Verantwortung hat für die politische Arbeit. Aber es ist doch ganz klar, daß es außerhalb dieser politischen Eliten eine ganze Reihe anderer Eliten engagierter Gruppen in unserer Gesellschaft gibt: in der Wissenschaft, im geistigen Leben, im kulturellen Leben, im sozialen Bereich, im Wirtschaftsleben. Der Streit um die bessere Lösung und die darauf folgende verbindliche Mehrheitsentscheidung: Das ist es, was wir brauchen. Und unser Selbstbewußtsein beweist sich in offener Diskussion und in anschließendem gemeinsamen Handeln. Das unterscheidet uns auch von den Sozialdemokraten.

Einigkeit, wie wir sie verstehen, bedeutet Konsens in den Grundsätzen und sie bedeutet, daß wir eine Entscheidung, die nach einer Diskussion von Sachfragen gefällt worden ist, solidarisch vertreten. Es kommt auch gar nicht auf die Zahl der Interviews an, sondern auf die Qualität der Interviews. Und sie bedeutet vor allem nicht, daß Parteifreunde, die neues oder die etwas anderes denken als das, was bisher schon in unserer Partei gedacht wurde, in die falsche Ecke gestellt werden. Wo alle dasselbe denken, da wird ohnehin nicht viel gedacht.“

## **Vorbereitung zum 36. Bundesparteitag**

**Zeitplanung für die inhaltliche Diskussion in der Partei und das Antragsverfahren**

**19./20. Februar 1988**

**Publikation (Pressekonferenz**

**19. Februar 1988) und Versand der Kommissionsentwürfe**

**5. April 1988**

**Frist für Stellungnahmen aus der Partei**

**18. April 1988**

**Verabschiedung der Leitanträge durch den Bundesvorstand**

**19./20. April 1988**

**Versand der Leitanträge an die antragsberechtigten Gliederungen der Partei**

**15. Mai 1988**

**Antragsschluß für die Parteigliederungen zu den Leitanträgen**

**13. bis 15. Juni 1988**

**Bundesparteitag**

Alfred Dregger:

# Unsere Erfolge auf allen Ebenen offensiv zur Geltung bringen

**Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erklärte auf dem Bundesauschuß in Bonn u. a.: Regierung, Fraktion und Koalition stehen innen- und außenpolitisch vor schwierigen Aufgaben. Wir können sie nur erfüllen, wenn die Unionsparteien, wenn die Landes-, Kreis-, die Ortsverbände daran aktiv mitwirken. Es geht um unsere Aufgaben als Regierungspartei. Was heißt das?**

Die Oppositionsparteien betrachten es als ihre Aufgabe, die Entscheidungen der Regierung und der Koalition einer harren, oft einseitigen und falschen Kritik zu unterwerfen.

Die Medien sehen ihre Aufgabe ähnlich. Sie veröffentlichen lieber Kritisches als Informatives. Der Bundesfinanzminister hat lange darum ringen müssen, wenigstens einen Fernsehtermin zur Erläuterung der Steuerreform zu erhalten.

Die Interessenverbände sehen es als ihre Aufgabe an, das Regierungshandeln von ihrem Interessenstandpunkt aus in Frage zu stellen. Sie vertreten ihre Eigeninteressen, ihre Gruppeninteressen oder das, was sie dafür halten.

All das sollten wir nicht beklagen, wir sollten unsere Schlußfolgerungen daraus ziehen. Wenn in dem Chor kritischer Oppositionsparteien, kritischer Medien und kritischer Interessengruppen die Union nicht in der Lage ist, ihre Stimme als die für unsere Zukunft entscheidende Regierungspartei überzeugend zur Geltung zu bringen, dann leidet die Stimmung und dann verliert die Union Stimmen.

Ich habe auf dem letzten Bundesparteitag die drei großen Reformaufgaben dieser Legislaturperiode beschrieben: Die Steuerreform sowie die Strukturreformen im Gesundheitswesen und in der Rentenversicherung.

Die erste, die große Steuerentlastung und -vereinfachung hätte zum großen Erfolgsschlag der Union werden können und müssen. Bis heute ist sie das nicht. Dazu haben strategische Fehler beigetragen, die wir bereits erörtert haben. Aber es liegt auch daran, daß es auch heute noch an Sachkunde und Offensivgeist, an Solidarität und Koordinierung fehlt.

Natürlich gibt es auch in der Union regional und soziologisch unterschiedliche Interessen, die jeder von uns in seiner besonderen Verantwortung zu vertreten hat. Aber wir können nur gemeinsam Erfolg haben. Dabei sind wir wirklich nicht in der Situation, eine Regierung verteidigen zu müssen, die keine Erfolge aufzuweisen hätte. Wir haben beträchtliche Probleme, aber wir haben auch beträchtliche Erfolge: Geldwertstabilität; Rückführung der Staatsausgaben unter dem Zuwachs des Bruttonsozialproduktes, d. h. Verringerung der Staatsquote; Rückführung der Netto-Neuverschuldung auf weniger als die Hälfte gemessen am Bruttonsozialprodukt; Zuwachs der Beschäftigung um mehr als 560.000 Arbeitsplätze; dazu große familienpolitische Reformen und jetzt die große Steuerentlastung für die breiten Schichten unseres Volkes.

Was muß eigentlich noch geschehen, damit wir alle es offensiv und erfolgreich vertreten können, gegen eine naturgemäß kritische Opposition, gegen kritische Medien und gegen keineswegs am Allge-

meinwohl orientierte Interessenverbände? Das ist doch nicht nur Sache des Sprechers der Bundesregierung, des Kanzlers und der Bundestagsfraktion. Das ist Aufgabe aller regionalen Gliederungen, aller Vereinigungen, aller Ministerpräsidenten, aller Kommunalpolitiker, aller Landtagsfraktionen, aller Mitglieder. Die Stimme der Union muß auf allen Ebenen sachkundig, offensiv und koordiniert zur Geltung kommen.

### **Ein Wort zu den beiden Gipfeln:**

Die Last der in Kopenhagen ungelösten Probleme geht auf den Bundeskanzler als Ratspräsidenten für die nächsten sechs Monate über.

Die EG krankt nicht nur an dem völlig ungelösten Agrarproblem. Wir müssen an einem Konzept arbeiten, das konsensfähig ist und die revolutionäre Veränderung beachtet, daß nicht mehr die Steigerung der Produktion, sondern die Erhaltung der bäuerlichen Kulturlandschaft die Erhaltung bäuerlicher Betriebe das Ziel sein muß. Wir stehen erst am Anfang der Erkenntnis; von den Schlußfolgerungen sind wir noch weit entfernt.

Die EG krankt auch an der Vergrößerung auf jetzt zwölf Staaten, die einherging mit einer Verwässerung ihrer ursprünglichen politischen Zielsetzung. Wir brauchen dringend eine politische Union auf der Grundlage einer Sicherheits- und einer Wirtschafts- und Währungsunion. Wenn sie sich nicht mit allen zwölf Mitgliedern von Irland bis Griechenland verwirklichen läßt, muß es ein Kerneuropa geben, das um mehr kämpft als um die Durchsetzung nationaler Interessen auf Kosten der Gemeinschaft. Europa braucht jetzt den qualitativen Sprung. Wir müssen ihn herbeiführen, mit Frankreich vor allem. An dem anderen Gipfel in Washington sind wir Europäer nicht beteiligt. Es ist eine exklusive Veranstaltung der Welt-

mächte, obwohl Europa ihr Hauptgegenstand ist. Auch das sagt etwas aus über die politischen Versäumnisse derer, die mit Schuman, Adenauer, Spaak und De Gasperi einmal angetreten waren, Europa eine politische Identität zu geben.

● Es ist für Europa noch nicht zu spät. Wir haben noch eine Frist; wenn wir sie nicht nutzen, wird die Entwicklung über Europa als Gesprächspartner der Weltmächte bald hinweggegangen sein.

● Die Abrüstung, die jetzt — auf den Mittelstreckenbereich beschränkt — vereinbart wird, ist für uns nur akzeptabel, wenn sie weitergeht. Und zwar in allen Bereichen — im konventionellen, im chemischen und im atomaren Bereich, insbesondere was die Kurzstreckensysteme angeht. In diesen drei Bereichen ist uns die Sowjetunion auf der Grundlage von Doppel-Null jeweils weit überlegen. In diesen drei Bereichen liegen daher weitere Abrüstungsschritte ganz besonders im deutschen Interesse.

Deshalb müssen wir die Drängenden sein. Wir sollten auch innenpolitisch nicht den falschen Eindruck entstehen lassen, als müsse die Abrüstung bei nuklearen Kurzstreckenwaffen von allen anderen — einschließlich der FDP — gegen uns durchgesetzt werden. Es ist unser Anliegen. Es ist nicht gegen uns, sondern auf unsere Initiative hin zweimal im Deutschen Bundestag und einmal auf der Außenministerkonferenz in Reykjavík beschlossen worden. An diese Beschlüsse halten wir uns. Wir haben es in der Haushaltsdebatte offensiv dargelegt.

Ich knüpfe an meinen Eingangssatz an: Wir haben beträchtliche Probleme, aber wir haben auch beträchtliche Erfolge. Die Fraktion unterstützt den Bundeskanzler. **Die Fraktion wird auch in den kommenden Monaten das stabilisierende Element in der Union und in der Koalition sein.**

# Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums

Beschluß des Bundeskabinetts vom 2. Dezember 1987

**In der Bundesrepublik hat sich der Wachstumsprozeß seit dem Frühjahr wieder stabilisiert, wozu neben der expansiven Binnennachfrage eine allmähliche Festigung der Exporte beitrug. Aus den jüngsten Entwicklungen an den internationalen Devisen- und Aktienmärkten dürften sich aber wachstumsdämpfende Einflüsse ergeben.**

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat durch eine Reihe von wichtigen Entscheidungen nachhaltige Impulse für Wachstum und Beschäftigung gegeben. Insbesondere durch die Aufstockung der Steuersenkungsstufe 1988 um 5,2 Milliarden DM auf 13,7 Milliarden DM und die Beschlüsse über die große Steuerreform 1990 mit einer zusätzlichen Nettoentlastung von rund 20 Milliarden DM sind weitreichende Entscheidungen zur Stärkung eines dauerhaften Wachstums getroffen worden. Die erreichte hohe Preisniveaustabilität hat das Wachstumsfundament zusätzlich gefestigt; sie stärkt die reale Kaufkraft und macht niedrige Zinsen möglich. Durch die mehrjährigen Tarifabschlüsse in wichtigen Wirtschaftsbereichen sind zudem die Dispositionsgrundlagen vieler Investoren überschaubarer geworden.

Mit folgenden Entscheidungen wird die mittelfristig angelegte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung für ein dauerhaftes, inflationsfreies Wirtschaftswachstum ergänzt:

**1. Die Bundesregierung wird den Gesetzentwurf für die Steuerreform 1990 so rechtzeitig beschließen, daß er noch vor**

der Sommerpause 1988 von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet werden kann. Damit wird eine Nettoentlastung von rund 50 Milliarden DM oder 2½ v. H. des Bruttosozialproduktes in den festgelegten Schritten von 1986 bis 1990 verwirklicht.

**2. Einbußen auf der Einnahmenseite, die sich im Bundeshaushalt 1988 durch die jüngsten Entwicklungen ergeben, werden ohne Ausgleich hingenommen. Länder und Gemeinden werden aufgefordert, in gleicher Weise zu verfahren.**

**3. Auf Initiative der Bundesregierung wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verstärkung und Verfestigung der Investitionen für drei Jahre (1988, 1989, 1990) ergänzende Möglichkeiten für zinsgünstige Investitionsdarlehen in Höhe von 21 Milliarden DM schaffen. Damit sollen zusätzliche Investitionen gefördert werden.**

**a) Für kommunale Investitionen werden 15 Milliarden DM bereitgestellt. Die Förderung soll sich vorrangig auf folgende Bereiche erstrecken:**

- Erschließung von Gewerbevlächen (ohne reinen Grunderwerb),
- Stadt- und Dorferneuerung,
- Umweltschutz einschließlich Wasserbau.

In besonderen Fällen können auch Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur gefördert werden.

Die Förderkonditionen werden sich an den günstigen ERP-Programmen orientieren. Der Bund wird hierfür im Durchschnitt pro Jahr Mittel in Höhe von ca.

200 Millionen DM zur Verfügung stellen, insgesamt einen Betrag von 2,6 Milliarden DM.

b) Für kleine und mittlere Unternehmen wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihr zinsgünstiges Mittelstandsprogramm aus eigenen Mitteln um sechs Milliarden DM (zwei Milliarden DM pro Jahr) aufstocken.

4. Die Deutsche Bundespost hat ihre Investitionen von 12½ Milliarden DM in 1982 auf 18,3 Milliarden DM in 1987 erhöht. Sie wird ihre Investitionen im Jahr 1988 um weitere 1½ Milliarden DM auf knapp 20 Milliarden DM verstärken.

5. Zur Entschließung neuer Wachstums- und Beschäftigungschancen und zur Förderung des Strukturwandels wird die Bundesregierung weitere Initiativen zur Marktöffnung und Deregulierung ergreifen. Sie wird im ersten Halbjahr 1988 Beschlüsse zur weiteren Liberalisierung der Fernmeldemarkte fassen. Darüber hinaus wird sich die Bundesregierung innerhalb der EG dafür einsetzen, im Rahmen des GATT weitere Marktöffnungen im Fernmeldebereich herbeizuführen. Außerdem wird die Bundesregierung im ersten Halbjahr 1988 zur Einführung eines Dienstleistungsabends einen Entwurf zur Änderung des Ladenschlußgesetzes vorlegen.

6. Die Bundesregierung wird ihre Politik der Privatisierung von Bundesbeteiligungen fortsetzen; die geplanten Privatisierungsschritte bei VW, VIAG und DSLB werden 1988 durchgeführt. Für die folgenden Jahre sind weitere Schritte geplant.

7. Die Bundesregierung wird den Ausbau des Binnenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft während ihrer Präsidentschaft vorantreiben, um im Gemeinsamen Markt neue Wachstumskräfte freizusetzen.

Neben der Wirtschafts-, Finanz- und

Geldpolitik hat auch die Lohnpolitik einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung bei stabilen Preisen zu leisten. Deshalb sollen sich die Tarifpartner bei ihren lohnpolitischen Entscheidungen jetzt vor allem an den Erfordernissen einer Stärkung des binnengewirtschaftlichen Wachstums orientieren.

Zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer **Rudolf Seiters**: Die Entscheidung der Bundesregierung stärkt die Investitionsfähigkeit der Gemeinden und der mittelständischen Wirtschaft. Weder unsere angebotsorientierte Politik noch unser Ziel der Haushaltkskonsolidierung werden in Frage gestellt. Auch muß man in Erinnerung rufen, daß wir im Jahre 1985 mit dem gleichen Instrument das Wachstum stabilisiert haben. Damals hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank ihre zinsgünstigen Kreditangebote an die mittelständische Wirtschaft und die Gemeinden um insgesamt 4,5 Mrd. DM ausgeweitet. Von einer Grundsatz- und Richtungsänderung unserer Politik kann also keine Rede sein. Sozialdemokratische Konzepte lehnen wir nach wie vor ab. Die Programmwürfe der SPD „Arbeit und Umwelt“ sowie das Programm „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“ kosten zusammen etwa 33,6 Mrd. DM. Die dort geforderten Maßnahmen sollen zum Teil über neue Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürger und Wirtschaft finanziert werden. Die SPD-Programme sollen von Jahr zu Jahr ausgeweitet werden, mit der Folge einer wieder zunehmenden Staatsquote. Schließlich enthalten SPD-Programme Gebote und Verbote im Umweltbereich. Wir machen den Gemeinden und der mittelständischen Wirtschaft ein Angebot für mehr Investitionen auch im Umweltbereich.

# Gute Nachricht für Rentner: Ab Juli 1988 drei Prozent mehr

**Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Entwurf des Rentenangepässungsgesetzes 1988 beschlossen. Danach sollen die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 1988 um voraussichtlich 3,1 Prozent erhöht werden. Damit steigt die Rente eines Durchschnittsverdiener mit 45 Versicherungsjahren von 1.628,20 DM um 50,50 DM auf 1.678,70 DM.**

Die Rentenerhöhung des Jahres 1988 wird den Rentnern in vollem Umfang zugute kommen, da die Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung die gesetzlich vorgesehene Hälfte erreicht hat und deshalb nicht weiter steigt.

Das Netto-Rentenniveau (Verhältnis der Rente nach 45 Versicherungsjahren zum Netto-Einkommen eines vergleichbaren Arbeitnehmers) wird voraussichtlich im Jahre 1988 ebenso wie im Jahr 1987 bei etwa 72 Prozent liegen. Damit kann das erreichte hohe Rentenniveau, das nur in wenigen Jahren geringfügig höher lag, weiter gehalten werden. Für die Rentner ist aber noch wichtiger, daß sie dank der erreichten Preisstabilität im dritten Jahr hintereinander mit einem realen Kaufkraftzuwachs rechnen können.

Das Ausmaß der vorgeschlagenen Rentenangepässung richtet sich nach dem durchschnittlichen Lohnanstieg im Jahr 1987. Nach dem derzeitigen Stand der statistischen Erhebungen beträgt er rund 3,1 Prozent. Um diesen Prozentsatz, der sich im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens aufgrund neuerer statistischer Daten noch geringfügig ändern kann, sollen die rund 14,3 Millionen Renten der gesetzli-

chen Rentenversicherung zum 1. Juli 1988 angepaßt werden.

Mit dem Rentenangepässungsgesetz werden auch knapp 1 Million Renten der gesetzlichen Unfallversicherung sowie rund 0,6 Millionen Altersgelder und Landabgaberennten der Altershilfe für Landwirte um 3,1 Prozent erhöht.

Die 1,5 Millionen Kriegsopferrenten werden zum 1. Juli 1988 ebenfalls so stark wie die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung steigen. Hierzu wird ein entsprechender Gesetzentwurf zu Beginn des kommenden Jahres vorgelegt.

Die Rentenerhöhung verursacht Mehraufwendungen von rund 5,6 Milliarden Mark. Die Finanzierung dieser Mehraufwendungen ist gesichert.

Der Rentenangepässungsbericht weist aus, daß sich die Schwankungsreserve in diesem Jahr um gut drei Milliarden Mark auf nahezu 21 Milliarden Mark erhöhen wird. Auf der Grundlage der Annahmen der Bundesregierung über die Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung wird sie bis 1989 weiter auf 25 Milliarden Mark steigen. Damit wird sie das Doppelte der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage betragen. Zwar übersteigen ab 1990 die Ausgaben die Einnahmen, der bis dahin erfolgte Vermögensaufbau reicht aber zum Ausgleich dieser Entwicklung dafür aus, daß die Schwankungsreserve Ende 1991 immer noch 22,9 Milliarden Mark betragen und mit 1,7 Monatsausgaben das Rücklagesoll von einer Monatsausgabe deutlich überschreiten wird.

Die Ergebnisse der Berechnungen des diesjährigen Rentenangepässungsberichts bestätigen, daß die Bundesregierung die

Rentenfinanzen mittelfristig konsolidiert hat und daß nach geltendem Recht und unter den getroffenen Annahmen bis 1991 keine Liquiditätsprobleme zu erwarten sind. Die Berechnungen zeigen aber auch, daß die mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 eingeleitete Strukturreform weitergeführt werden muß. Die Bundesregierung wird die Maßnahmen so rechtzeitig ergreifen, daß eine stabile Finanzentwicklung auch über den mittelfristigen Zeitraum hinaus gewährleistet ist.

Zum Kabinettsbeschuß erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Es gibt drei gute Nachrichten für die Rentner:

- 1. Die Renten steigen zuverlässig.**
- 2. Das bringt den Rentnern dank unserer Politik der stabilen Preise zum dritten Mal hintereinander einen realen Kaufkraftgewinn.**
- 3. Die Rücklagen der Rentenversicherung wachsen. Ende 1987 sind drei Milliarden Mark mehr in der Rentenkasse als Ende 1986.**

Die Bundesregierung hat damit die Voraussetzungen geschaffen, ohne Einsturzgefahr das Haus der Rentenversicherung dem veränderten Altersaufbau unserer Bevölkerung anzupassen. Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr einen Gesetzentwurf zur Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung vorlegen, der unser bewährtes System der lohn- und beitragsbezogenen Rente weiterentwickelt“.

## Hardthöhe: Soldaten verächtlich gemacht

Das Bundesverteidigungsministerium hat das Urteil des Frankfurter Landgerichts, nach dem die Äußerung, „alle Soldaten sind potentielle Mörder“, nicht strafbar

ist, „mit Empörung zur Kenntnis genommen“. Der Parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach erklärte, mit der entsprechenden Aussage würden die Soldaten der Bundeswehr böswillig verächtlich gemacht.

Die Aussage stempelt nach Ansicht von Würzbach alle ehemaligen und aktiven Soldaten der Bundeswehr zu potentiellen Schwerstkriminellen und verletzt ihre Menschenwürde. „Wer Soldaten, die den Verteidigungsauftrag unserer Verfassung erfüllen, auf so feindselige Art herabsetzt, stellt seine eigene Urteilsfähigkeit und sein Rechtsbewußtsein in Frage“, betonte Würzbach. Es würden alle rechtlichen Möglichkeiten zur Revision dieser Gerichtsentscheidung ausgeschöpft.

Die 14. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt hatte im Berufungsverfahren gegen einen 39jährigen Arzt, der bei einer Diskussionveranstaltung in Gegenwart eines Bundeswehroffiziers diese Behauptung aufgestellt hatte, auf Freispruch erkannt.

## 3 000 neue Arbeitsplätze durch Privatfunk

Durch die Zulassung von privatem Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland sind bisher nach Angaben des medienpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich (Eschwege) rund 3.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Bei einem Medienforum in Bonn sagte Weirich mehr als die Hälfte dieser neuen Arbeitsplätze entfielen auf die Veranstalter privaten Hörfunks. Die meisten neuen Beschäftigungsmöglichkeiten seien in Bayern, wo ein Netz von Lokalsendern und eine landesweite Kette geschaffen werde. Weirich wies darauf hin, daß dabei rund tausend Arbeitsplätze für Journalisten eingerichtet worden seien.

# Fahrplan für weitere Initiativen

**Die vom Bundeskanzler eingesetzte Unabhängige Kommission zur Entbürokratisierung unter Leitung von Horst Waffenschmidt wird im Dezember 1987 eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit vorlegen. Sie wird anhand zahlreicher Beispiele deutlich machen, welche Initiativen bisher ergriffen wurden und wie sie zum Nutzen der Bürger umgesetzt werden konnten. Geplante Auflage 20 000 bis 30 000.**

In der ersten Hälfte 1988 soll das **Dritte Rechtsbereinigungsgesetz** vorgelegt werden, mit dem erneut zahlreiche Vorschriften außer Kraft gesetzt werden. Die Vorbereitungen sind in Zusammenarbeit mit mehreren Ressorts der Bundesregierung im Gange.

1988 wird die Gesamtkonzeption zur **Modernisierung der Gesetzgebung** vorgelegt, die von der Unabhängigen Kommission zusammen mit dem Innen- und Justizministerium erarbeitet wird.

In Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung ist die **Schulungsarbeit** für Mitarbeiter der Bundesverwaltung für den Bereich der Gesetzgebungsarbeit angelaufen. Sie baut auf auf den „10 blauen Prüffragen“, die das Bundeskabinett verabschiedet hat. Diese Prüffragen haben sich inzwischen bewährt. Sie wurden auch von mehreren Bundesländern übernommen.

In den nächsten Sitzungen der Unabhängigen Kommission wird die Diskussion mit einzelnen Ressorts der Bundesregierung über weitere Vereinfachungsmöglichkeiten fortgesetzt. Einer der nächsten Schwerpunkte bleibt die **Vereinfachung der Steuervorschriften**. Aufgrund der bisherigen Vorbereitungarbeiten wird hier angestrebt, die Hälfte der rund 40 000 Einzelvorschriften zu streichen.

In der ersten Februarwoche 1988 wird Staatssekretär Horst Waffenschmidt in den USA mit mehreren Behörden der dortigen Bundesverwaltung und auch Dienststellen aus dem Bereich der Einzelsstaaten, die dort inzwischen vorgenommenen Maßnahmen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung erörtern. Die Vorbereitungen für diesen Informations- und Erfahrungsaustausch sind angelaufen.

Die Unabhängige Kommission bzw. von ihr Beauftragte werden im Jahre **1988 erneut auch Anhörungen** durchführen zu Entbürokratisierungsvorschlägen von Bürgern und verschiedenen Verbänden und Organisationen, die sich mit diesem Fragenkomplex befassen. Ziel bleibt, praktische Erfahrungen von außerhalb der öffentlichen Verwaltung immer wieder auszuwerten.

In Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Kommission soll das Programm für die **moderne Informationstechnologie** in der Bundesverwaltung fortgeführt werden. In diesem Jahr werden dafür rund 500 Mio. DM bereitgestellt. Viele Verwaltungsvorgänge wären ohne diese Technologie nicht mit der notwendigen Eilbedürftigkeit und Praxisnähe durchzuführen. Praktisches Beispiel: Die rasche Entschädigungsleistung der Bundesverwaltung nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl.

## Zitat

*Unsere älteren Mitbürger haben unter schweren Bedingungen ihre Kinder erzogen, das Fundament für den Wohlstand der Jüngeren gelegt, unser Gemeinwesen geprägt. Wir schulden ihnen großen, dankbaren Respekt.* (Richard von Weizsäcker)

# Der „ländliche Raum“ darf nicht vernachlässigt werden

**Das zentrale Thema „ländlicher Raum“ kommt leider immer noch in der Öffentlichkeit zu kurz. Trotz vielfacher Anstrengungen ist es noch nicht gelungen, eine breite Öffentlichkeit von der Wichtigkeit des Gesamtthemas zu überzeugen.**

Der ländliche Raum ist in seiner Vielfältigkeit als Lebensraum und als Kulturräum in Gefahr. Dies gilt sowohl im Hinblick auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch für die Lebensbedingungen der Menschen dort und seine ökologische Ausgleichsfunktion, stellt Dietmar Kansy, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Da die Mehrheit der Menschen dort nicht mehr Landwirte sind, werden wir das Problem nicht allein dadurch aus der Welt schaffen, daß wir Agrarprobleme lösen. Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsmarktsituation haben Priorität. Bei der Einführung neuer Technologien und neuer Kommunikationsmittel, bei der Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs und in anderen Bereichen der Infrastruktur dürfen die ländlichen Räume nicht in einen Wettbewerbsnachteil gegenüber verdichteten Räumen geraten.

Wir würden aber sicherlich zu kurz springen, würden wir uns ausschließlich mit der materiellen Situation des ländlichen Raums befassen. Insbesondere im Rahmen der Verwaltungs- und Gebietsreformen des vorigen Jahrzehnts ist viel im kulturellen, sozialen und ganz allgemein menschlichen Bereich kaputtgemacht

worden. Natürlich können wir nicht alles zurückdrehen und die heile Welt von gestern suchen, die auch nicht immer heil war. Mehr Offenheit, mehr Beweglichkeit, mehr Freizügigkeit, mehr Vielfalt, mehr Freizeit ist auch das Ziel der Menschen auf dem Dorf und in den Kleinstädten.

Aber es ist allerhöchste Zeit, daß wir das verbliebene Unverwechselbare des ländlichen Raums, Landschaft genauso wie Kultur und Tradition, und damit seine Identität wahren, weiterentwickeln und so den ländlichen Raum für die Zukunft lebensfähig erhalten. Entschieden zurückzuweisen sind Überlegungen einiger Landesplaner, bestimmte Gebiete im Sinne einer bundesweiten Arbeitsteilung „leeraufen zu lassen“. Das ist blander Zynismus. Hier ist gezieltes abgestimmtes Handeln zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erforderlich.

Die CDU hat einen Bundesfachausschuß „Ländlicher Raum“ eingesetzt, der in Zusammenarbeit mit der CSU unsere Vorstellungen entwickelt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb im nächsten Jahr im Deutschen Bundestag speziell zu diesem Thema umfangreiche Vorschläge machen.

## Zitat

„Es darf keine wechselnden Mehrheiten geben, wenn die Koalition in Bonn Bestand haben soll. Wenn die FDP anfinge hin- und herzuschwanken, würde es für sie lebensgefährlich. Sie geriete unter die fünf Prozent.“

(Heiner Geißler in der Hamburger Morgenpost, 5. Dezember 1987)

Hansjörg Häfele:

# Gegen falsche Zahlen bei den Essensfreibeträgen und der Arbeitnehmer-Pauschale

**Die Opposition und der Deutsche Gewerkschaftsbund (zum Beispiel „Welt der Arbeit“) verunsichern mit falschen Zahlen die Arbeitnehmer in der Frage des Wegfalls des Essensfreibetrags und der neuen Arbeitnehmer-Pauschale.**

Beispielrechnungen unterstellen fälschlich, daß eine Mehrbelastung in voller Höhe der wegfallenden Essensfreibeträge eintritt. Aufgehoben wird aber nur die **Steuerfreiheit** der Essensfreibeträge. Die anteilige Mehrbelastung beläuft sich dementsprechend im Regelfall lediglich auf etwa 20 bis 30 vom Hundert oder auf etwa 60 bis 90 DM bei jährlichen Essensfreibeträgen von 300 DM. **Soweit der Arbeitgeber eine pauschale Versteuerung durchführt, tritt für die Arbeitnehmer überhaupt keine Mehrbelastung ein.**

Der bisherige Werbungskosten-Pauschbetrag (564 DM), Arbeitnehmerfreibetrag (480 DM) und Weihnachts-Freibetrag (600 DM) werden zu einer einheitlichen Arbeitnehmer-Pauschale von 2.000 DM zusammengefaßt und aufgestockt.

Zugleich wird die Kilometer-Pauschale von bisher 36 auf 50 Pfennig angehoben.

Die Auswirkungen hängen von den Verhältnissen des Einzelfalles ab, eine steuerliche Mehrbelastung ist aber unwahrscheinlich:

Etwas 40 vom Hundert der Arbeitnehmer kommen mit dem bisherigen Werbungskosten-Pauschbetrag von 564 DM aus. Für diese Arbeitnehmer tritt eine **Verbes-**

**serung ein. Sie können künftig 356 DM mehr abziehen.**

Ebenfalls Verbesserungen treten bei denjenigen Arbeitnehmern ein, die die Kilometer-Pauschale bei einer Entfernung zur Arbeitsstätte von mindestens 35 km in Anspruch nehmen.

Verbesserungen ergeben sich auch für Arbeitnehmer, mit (bisherigen) Werbungskosten bis 919 DM.

Bei Werbungskosten ab 920 DM hängen die Auswirkungen der Neuregelung von den Verhältnissen des Einzelfalles ab. Hat ein Steuerpflichtiger beispielsweise 1.200 DM Werbungskosten, so konnte er bisher 2.280 DM (= 1.200 DM + 1.080 DM Arbeitnehmer- und Weihnachts-Freibetrag) abziehen. Nach der Neuregelung können 280 DM weniger geltend gemacht werden. Eine Mehrbelastung ist aber im Hinblick auf die kräftige Entlastung durch den neuen arbeits- und mittelstandsfreundlichen Einkommen- und Lohnsteuertarif ausgeschlossen.

## Christoph Böhr im ZDK

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, **Christoph Böhr**, ist auf der letzten Vollversammlung zum neuen Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken gewählt worden. Böhr ist seit vier Jahren Bundesvorsitzender der Jungen Union und auf dem letzten Deutschlandtag im November mit einer überwältigenden Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden.

Gegen die fortschreitende Konzentration im Einzelhandel:

# BACDJ fordert gesetzliche Maßnahmen

**Die Wettbewerbsfähigkeit kleiner Einzelhändler muß gesetzlich besser geschützt werden, verlangt der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Heinz Eyrich.**

Der BACDJ betrachtet den fortschreitenden Konzentrationsprozeß im Einzelhandel, insbesondere im Lebensmittelhandel, mit wachsender Besorgnis. Die Gefahr, daß am Ende des derzeit laufenden Konzentrationsprozesses der Wettbewerb im Einzelhandel auf der Strecke bleibt, ist groß. Der BACDJ fordert deshalb einen raschen Abschluß der Arbeiten der Arbeitsgruppe „Kartellrecht-Reform“ im Bundeswirtschaftsministerium, damit möglichst bald entsprechend der Koalitionsvereinbarung über Vorschläge zu einer Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Schutze des Einzelhandels entschieden werden kann.

Der BACDJ hält folgende gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Einzelhandels für überlegenswert:

1. Die jüngsten Fusionsfälle vor allem im Lebensmittelhandel zeigen, daß die geltenden Fusionsvorschriften in den §§ 22 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in bezug auf die großen Nachfrager praktisch wirkungslos sind. Der BACDJ fordert deshalb eine — nicht nur auf den Lebensmittelbereich beschränkte — generelle gesetzliche Regelung, die stärker als bisher die Besonderheiten der Nachfragemacht bei strukturellem Angebotsüberhang beachtet.

2. Die Vorschrift des § 37 a Abs. 3 GWB (Untersagungsverfahren bei unbilliger Behinderung durch Unternehmen mit überlegener Marktmacht) hat sich als völlig wirkungslos erwiesen. Kleinere und mittlere Unternehmen konnten von den Kartellbehörden bislang nicht ausreichend gegen aggressive Marktstrategien weit überlegener Wettbewerber geschützt werden.

Erforderlich ist deshalb die gesetzliche Einführung

- eines unmittelbaren zivilrechtlichen Klagerechts des bedrängten Unternehmens gegen den überlegenen Wettbewerber,
- eines Auskunftsanspruchs und eine Erleichterung der Beweislast für den bedrängten Unternehmer im Zivilprozeß, um seine unbillige Behinderung durch den überlegenen Wettbewerber besser nachweisen zu können.

## Neuer Vorstoß gegen Abtreibungen

Unionsregierte Länder haben im Bundesrat einen neuen Vorstoß unternommen, um die Zahl der Abtreibungen zu verringern. Ein entsprechender Entschließungsantrag von Baden-Württemberg und Bayern, der bei den SPD-Ländern auf Ablehnung stieß, wurde zunächst zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. In der Initiative von Baden-Württemberg und Bayern „zur Verbesserung des Schutzes ungeborener Kinder“ wird vor allem gefordert, Mißbräuche bei der sogenannten Notlagenindikation für Schwangerschaftsabbrüche zu beseitigen.

# Zum Tode von Peter Lorenz

*Der plötzliche Tod von Peter Lorenz trifft uns tief. Wir müssen Abschied nehmen von einem politischen Weggefährten, der sich um seine Vaterstadt Berlin und um Deutschland große, bleibende Verdienste erworben hat, erklärt der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger.*

*Peter Lorenz war für die Berliner CDU einer der Männer der ersten Stunde. Über mehr als vier Jahrzehnte hinweg hat er Berlin in hohen Ämtern gedient — zuletzt fünf Jahre lang als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. Berlin war für Peter Lorenz das Symbol der deutschen und europäischen Teilung, für deren Überwindung er sich mit persönlichem Engagement eingesetzt hat.*

*Peter Lorenz hat nie eigene Belange in den Vordergrund gerückt. Er war ein kämpferischer Demokrat, der mit Leidenschaft unsere freiheitliche Ordnung vertreten und verteidigt hat. Er hat sich nie gescheut, die Feinde unserer Demokratie beim Namen zu nennen und demokratiefeindliche Ideologen anzuprangern. Er bekam deshalb auch in besonderer Weise den Haß jener zu spüren, die unseren freiheitlichen Staat zerstören wollen. Seine Entführung durch Terroristen im Jahr 1975 und die damit verbundenen Demütigungen hat Peter Lorenz mit Würde ertragen. Würde, das hat er in jenen schweren Tagen gewußt, ist die Stärke der Demokraten. An ihr brechen sich die Kräfte der Antidemokraten.*

*Wir gedenken unseres verstorbenen Kollegen und Freundes Peter Lorenz in Dankbarkeit und großem Respekt. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen beiden Söhnen.*

## Mehr gefährliche Stoffe auf die Bahn verlagern

In den nächsten drei Jahren sollen noch mehr gefährliche Güter von der Straße auf die Bahn verlagert werden. Dies ist eine der Konsequenzen, die Bundesverkehrsminister Jürgen Warnke aus der Tanklastzug-Katastrophe von Herborn ziehen will. Wie Warnke vor der Presse in Bonn mitteilte, stützt er sich dabei auf Empfehlungen eines Sachverständigen-Beirats, der auch vorgeschlagen hat, die Sicherheit von Tankfahrzeugen zu verbessern und Fahrer, die gefährliche Stoffe transportieren, zusätzlich zu schulen.

Im einzelnen ist vorgesehen, in den nächsten drei Jahren sieben Millionen Tonnen besonders gefährlicher Güter auf Schiene oder Binnenschiffe zu verlagern. Das

seien 18 Prozent von insgesamt 38,8 Millionen Tonnen gefährlicher Stoffe, die heute im Fernverkehr auf der Straße transportiert werden. Eine Reihe der vorgeschlagenen Maßnahmen soll mit Beginn nächsten Jahres in Kraft treten.

## Wiedergewählt

Der aus 11 vom Deutschen Bundestag gewählten Mitgliedern und je einem Vertreter der Länder bestehende Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamts hat den CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten **Herbert Czaja** mit großer Mehrheit erneut zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt. Der Kontrollausschuß überwacht die Verwaltung des Ausgleichsfonds und die Verfügungen des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes über die Verwendung der Fondsmitte.

# 1987 - Jahr der Abrüstung

*Wort gehalten*

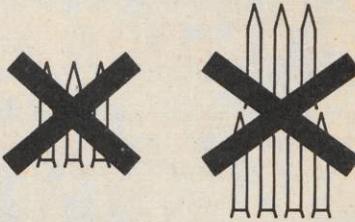
Vor der Bundestagswahl versprach Bundeskanzler Helmut Kohl:

»1987 soll das Jahr der Abrüstung werden.«

Nun haben wir es schwarz auf weiß: alle atomaren Mittelstreckenraketen kommen weg, in Ost und West – weltweit. Dies haben Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Washington vertraglich besiegt.

Noch im Herbst 1982 betrieben SPD, Grüne und die sogenannte Friedensbewegung ein Geschäft mit der Angst. Sie schürten Kriegsfurcht und prophezeiten eine „Eiszeit“ zwischen Ost und West. Heute müssen die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses zugeben: Das war der Fahrplan zur Null-Lösung. Die Pershing I a-Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl in diesem Jahr hat dann den Weg frei gemacht für den welthistorischen Durchbruch zu echter Abrüstung.

## Abbau der Mittelstreckenraketen in



**WEST: 360      OST: 725**

Jetzt gilt es, auch die sowjetischen Kurzstreckenraketen abzurüsten, die östliche Überlegenheit bei konventionellen Waffen abzubauen, die strategischen Raketenpotentiale zu halbieren und ein weltweites Verbot chemischer Waffen zu erreichen. Die CDU und Bundeskanzler Helmut Kohl halten weiter klaren Kurs:

## Frieden schaffen mit immer weniger Waffen



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# FREIHEIT SOLIDARITÄT GERECHTIGKEIT

Grundsatzprogramm der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands



# UID

39/40 1987

## Neuauflage

Das Grundsatzprogramm hat einen neu gestalteten Titel erhalten. Gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende innerparteiliche Programmdiskussion zum nächsten Bundesparteitag ist es ein unentbehrliches Standardwerk, das bei jeder Geschäftsstelle und bei jedem CDU-Verband vorrätig sein sollte.

Mindestabnahme: 20 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme:  
14,— DM zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 3912

Bestellungen an:  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.